

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Kay Gottschalk und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/7744 –

Wahlempfehlungen durch den Bundesminister der Finanzen

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 26. Juni 2023 machte die sogenannte Dialogtour des Bundesministers der Finanzen, Christian Lindner, Station in Weimar (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Termine/BMF-Veranstaltungen/2023-06-26-jetzt-buergerdialog-weimar.html). Statt der angekündigten Fragen rund um „Inflation, Klimawandel, Krieg in Europa“ (www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Ministerium/Veranstaltungen/JETZT-Buergerdialog/JETZT-buergerdialog.html) sowie die Herausforderungen vor denen Deutschland steht, diskutierte der Bundesminister über das Erstarken der AfD (www.welt.de/wirtschaft/article246081788/Christian-Lindner-zur-AfD-Im-Notfall-koennte-man-noch-die-Linken-waehlen.html). In diesem Zusammenhang gab Bundesfinanzminister Christian Lindner die Empfehlung, statt der AfD besser die Linkspartei zu wählen: „Es tut mir in der Seele weh, es zu sagen, aber im Notfall könnte man noch die Linkspartei wählen“. Weiter führte der Bundesminister aus, „das größte Standortrisiko für Ostdeutschland ist die AfD“.

1. Hat Bundesfinanzminister Christian Lindner während seiner Dialogtour als Mitglied der Bundesregierung oder als FDP-Parteivorsitzender gesprochen?
2. Wie macht Bundesfinanzminister Christian Lindner deutlich, in welcher Position er spricht?
3. Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für die Dialogtour des Bundesfinanzministers Christian Lindner insgesamt und jeweils pro Termin (bitte einzeln auflisten)?
4. Was sind die Ziele der Dialogtour, und wie wird die Dialogtour beworben?
5. Inwiefern obliegt es Mitgliedern der Bundesregierung, Wahlempfehlungen auszusprechen, und wie ist dies mit dem Neutralitätsgebot vereinbar?

6. Welche Gründe gab es dafür, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner dem Thüringer Publikum empfohlen hat, die Linkspartei zu wählen?
7. Auf welcher Grundlage hat Bundesfinanzminister Christian Lindner die Aussage getätigt, „das größte Standortrisiko für Ostdeutschland“ sei die AfD (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die Fragen 1 bis 7 werden zusammen beantwortet.

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat am 26. Juni 2023 an einem Bürgerdialog des Bundesfinanzministeriums teilgenommen, um sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen und den direkten Austausch mit ihnen zu suchen. Damit sollen Verantwortung gegenüber den Bürgern sowie die Möglichkeit der Bewusstseinsbildung für die Partizipation an einer erfolgreichen politischen Führung der deutschen (Finanz-)politik, Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen werden. Die Veranstaltungen werden überregional auf den Internetpräsenzen des Bundesfinanzministeriums und des Bundespresseamts sowie in Lokalmedien, auch via Anzeigenschaltung, und über die Social-Media-Kanäle des BMF bekannt gemacht und zudem lokale Institutionen wie städtische Einrichtungen, Unternehmen, Hochschulen etc. direkt informiert. Bisher haben vier Dialogtermine stattgefunden. In Fürstfeldbruck, Hamburg, Münster und Weimar.

Die Kosten belaufen sich bislang in Summe auf 70 207,80 Euro zzgl. Einladungskosten.

Fürstfeldbruck, 4. Mai, 19 322,74 Euro

Hamburg, 8. Mai, 12 272,23 Euro

Münster, 1. Juni, 19 235,85 Euro

Weimar, 26. Juni, 19 376,97 Euro.

Beim Bürgerdialog geht es ausschließlich um die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger von sich aus vorbringen. Dies ist Teil des Konzepts, um offen, transparent und auf Augenhöhe den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen. Welche Themen von den Bürgerinnen und Bürgern angesprochen werden, ist vom Bundesfinanzminister nicht beeinflussbar. Beim Bürgerdialog in Weimar wurden von den Bürgerinnen und Bürgern auch Fragen nach der Zukunft der neuen Bundesländer, sozial- und verteilungspolitischen Themen und das Thema Wahlen angesprochen. Bundesfinanzminister Christian Lindner beantwortet die Fragen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit seinen Amtspflichten und gemäß seinen politischen Überzeugungen. Der Minister verdeutlicht während den Veranstaltungen regelmäßig, dass der Rahmen des Bürgerdialogs dem BMF zugeordnet ist. Auch zu Beginn der Veranstaltungen wird darauf hingewiesen. In der von Ihnen erwähnten Antwort hat Bundesminister Lindner lediglich auf die Wahlfreiheit hingewiesen und explizit deutlich gemacht, dass damit keine Wahlempfehlung verbunden ist. Demokratie lebt von Wahlalternativen. Darauf – auch mit Beispielen – hinzuweisen ist kein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot. In Bezug auf die mit rechtspopulistischer und rechtsextremer Politik verbundenen Standortrisiken teilt Bundesminister Lindner die Auffassung von verschiedenen Ökonomen, Instituten und Wirtschaftsvertretern, zum Beispiel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung oder des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung
- a) die aktuelle Inflation,
 - b) die Energiepreise,
 - c) die Situation des Bildungs- und Ausbildungssystems,
 - d) die Migrationspolitik,
 - e) die Sozialpolitik
- als Standortrisiken für Ostdeutschland?

Viele Jahre konnte Deutschland als offene Volkswirtschaft von der Globalisierung profitieren und sich Standortnachteile wie hohe Steuern und Abgaben leisten. Doch nun setzen Defizite bei der Modernisierung, dem Bürokratieabbau und der Fachkräftesicherung die Wirtschaft in unserem Land zunehmend unter Druck. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist also strukturell herausgefordert. Gebot der Stunde ist daher eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, um die wirtschaftliche Dynamik anzukurbeln und private Investitionen zu fördern. Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland müssen in der Breite gestärkt werden.

Die Bundesregierung begegnet mit ihrer Politik den strukturellen Herausforderungen des Investitionsstandortes Deutschland, um diesen gezielt zu stärken. Dazu gehören etwa das Angebot an Arbeits- und Fachkräften, das steuerliche Umfeld, ein einfaches und transparentes Steuersystem, die sichere Versorgung mit zunehmend nachhaltiger Energie sowie die Beschleunigung von Prüfungs- und Genehmigungsverfahren im Rahmen von Investitionsprojekten.

